

Die neue Lage der Schweiz.

Die Schweiz befindet sich jetzt in einer der seltsamsten Situationen ihrer langen Geschichte. Sie ist, wenn man will, nur noch von einer Macht umgeben, indem Deutschland Oberitalien und ganz Frankreich besetzt hat. Andererseits ist sie von drei Seiten von Besiegten umgeben, zu denen zunächst Oesterreich, dann Frankreich und jetzt Italien zu zählen ist. In dieser Situation ist die Schweiz ihrer klassischen Rolle als Hüterin der Alpenübergänge treu geblieben und hat sie neuerdings mit starken Truppenbeständen besetzt. Die Schweiz weiss, dass der gegenwärtige Zustand nicht von Dauer sein kann. Sie hat den Zusammenbruch der Achse kommen sehen, und als Demokratie spürt sie, dass ohne Zustimmung der Völker jede Besetzung nur provisorisch sein kann, mag dieses Provisorium auch einige Zeit, wie im Falle Frankreichs, andauern.

Freilich waren die Hoffnungen in der Schweiz gross, dass nach dem Zusammenbruch Italiens eine rasche Öffnung der Seewege zu den Westmächten möglich sein werde. Darüber, dass der Eisenbahn-Transitverkehr sofort aufgehört hat, ist man nicht bestürzt, denn eine grosse Herbststernte, vor allem Obsternte, muss in der Schweiz selber abtransportiert und verteilt werden und wird die Kapazität der Bahnen auf das Aeusserste beanspruchen. Man ist auch hinsichtlich der Seewege nicht ohne Zuversicht, obwohl zweifellos in Italien noch während Monaten gekämpft werden kann. Die Völker haben sich daran gewöhnt, nur noch auf kurze Frist vorauszudenken. Wenn die Schweiz sich Sorgen machen wollte über die Zukunft ihrer nächsten Umgebung, könnte sie in diesem Moment fast verzweifeln, denn ~~was~~<sup>so</sup> nicht ein antidemokratisches Régime herrscht, so besteht die Anarchie wie in Italien. Ein Land mit so lebhaftem Gedanken- und Kulturaustausch mit dem übrigen Europa wie die Schweiz es ist, könnte auf die Dauer nicht unberührt bleiben. Nun hat aber der Zusammenbruch der französischen Republik die Schweizer gelehrt, sich auf ihre eigenen Kräfte zu besinnen, und durch die Not gezwungen, eine gewisse geistige Autarkie zu befolgen.

Trotz der momentanen Einschliessung ist die Schweiz keineswegs pessimistisch eingestellt. Sie glaubt in der abgelaufenen vier Jahren festgestellt zu haben, dass in der ganzen kriegführenden Welt das Verständnis für ihre Neutralität ständig gewachsen ist und dass die äusserst korrekte Neutralitätspolitik stets anerkannt wurde. Jedesmal, wenn die Haltung der Schweiz irgendwo kritisiert und angegriffen wurde wie zuletzt in dem in der Schweiz vielbeachteten Brief von Lord Davies in der London Times, fanden sich sofort angesehenen Verteidiger des schweizerischen Standpunktes. Und von allen Kriegführenden ist das kleine Land mit der Vertretung fremder Interessen beauftragt worden. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz, das gerade in diesen Tagen wiederum an die Gefebfreudigkeit des Schweizervolkes appelliert und mit grossen Plakaten mit Verwundeten, Gefangenen und Hungernden eindringlich auf seine hohe Mission hinweist, steht weit über den feindseligen Stimmungen unserer Zeit; sein Ansehen ist unbestritten. Diese Neutralität ist eine bewaffnete, und es kann neuerdings festgestellt werden, dass sich nach vier Jahren die schweizerische Armee, modern ausgerüstet, in einem scharfen Training befindet und ein grosser Teil ihrer Truppen für den schwersten Gebirgskrieg ausgebildet worden ist. Diese Übungen haben in den letzten Monaten nicht wenige Todesopfer gefordert. In einer Antwort auf eine parlamentarische Anfrage stellt der Bundesrat fest, dass diese Unfälle auf das härtere Training und die komplizierteren Waffen wie Flammenwerfer, auf die Durchführung von Flussübergängen und Hochgebirgskursen zurückzuführen sind. Diese Übungen müssen möglichst dem Ernstfall angepasst werden.

Das Herannahen kriegerischer Fronten an der Schweizer Grenze wird möglicherweise einen gewissen Einfluss auf die grossen Parlamentswahlen haben, indem die Auseinandersetzungen der Parteien geringer und leiser werden. Dies wird von der grossen Mehrheit des Volkes eher begrüsst werden; die politischen Differenzen beziehen sich niemals auf die Grundfragen, sondern bloss auf mehr technische und sozialpolitische Angelegenheiten. Alle Parteien bekennen sich zur Neutralität, zur Demokratie und zur Freiheit und Unabhängigkeit.

=====